

Gewerkschaften und Parteipolitik in England

Autor(en): **Stamford, P.H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **51 (1959)**

Heft 11

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353917>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gewerkschaften und Parteipolitik in England

In einem demokratischen Staate ist es sozusagen jedermanns erste Bürgerpflicht, sich um die öffentlichen Dinge zu kümmern, das heißt am politischen Leben aktiv teilzunehmen. Das bedeutet denn praktisch, sich einer politischen Partei anzuschließen. Im besonderen mag das für Gewerkschafter gelten. Doch eine Frage, die nicht ganz so selbstverständlich und sogar recht umstritten scheint, ist es, ob die Gewerkschaften selber eine bestimmte Partei – und das wird natürlich eine Arbeiterpartei sein müssen – ideologisch wie materiell unterstützen und unter Umständen mit ihr organisatorische Verbindungen eingehen sollen. Muß nicht vielmehr der Grundsatz «parteipolitischer Neutralität» gewahrt werden?

Dieses Problem stellt sich in jedem demokratischen Lande und wird je nachdem verschieden oder zumindest mit verschieden starker Betonung beantwortet. In Deutschland, Oesterreich und der Schweiz bestehen zwischen den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen bzw. Sozialistischen Partei des Landes – bei voller Unabhängigkeit der beiden Organisationen voneinander – Sympathie- und Vertrauensbeziehungen.

Labourpartei und Gewerkschaftsbund

Viel enger jedoch und geschlossener ist die Verbindung in England zwischen Labourpartei und Gewerkschaftsbewegung. Ähnliches läßt sich übrigens auch, so sei gleich hinzugefügt, über das Verhältnis von Co-op, dem Genossenschaftswesen, und der Labourpartei sagen. Diese «drei Pfeiler», mit ihren Streben und Querverbindungen zueinander, bilden die Dreifaltigkeit der britischen Arbeiterbewegung. Weit entfernt davon also, dem Prinzip parteipolitischer Neutralität zu huldigen, beweisen die Gewerkschaften in der Praxis hier, daß die enge korporative Verknüpfung sich mit individueller Freiheit durchaus vereinbaren läßt, auf die man in diesem traditionell demokratischen Lande stets den größten Wert gelegt hat.

Gehen wir den Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft nach, wie sie in England im einzelnen funktionieren und im besonderen wie sie sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen praktisch auswirken, so muß man zunächst mit ein paar Sätzen wenigstens angeben, wie die Dinge historisch geworden und gewachsen sind.

Die Gewerkschaftsbewegung in England ist viel älter als die Arbeiterpartei; diese ist vielmehr im wesentlichen eine Schöpfung der Gewerkschaften und erstand um 1900. Bis dahin suchten die Gewerkschaften, ihre Interessen politisch durch Appelle an Parlamentarier – liberale und konservative – an den Mann zu bringen. Seitdem brachten sie dann ihre Ansprüche durch die eigene Partei, in der sie selber starken, bestimmenden Einfluß hatten, im britischen

Unterhaus zu Gehör. Die Labourpartei ist natürlich längst eine unabhängige, selbständige Organisation geworden, zeitweise sogar die Regierungspartei des Landes, und mit Gewerkschaftern als Ministern. Von Gewerkschaftsseite wird nie ihr Herkommen vergessen. Was jedoch weit wichtiger ist: Die Labourpartei als solche wird auch heute noch direkt von den Gewerkschaften mitgebildet, die in ihr korporative Mitglieder sind. Wie der zweite Artikel des Verfassungsstatuts der Partei bestimmt: «Die Labourpartei besteht aus allen ihren angeschlossenen Organisationen (Sozialistischen Vereinen, Gewerkschaften, Co-op-Gesellschaften) und den Männern und Frauen, die individuelle Mitglieder der Partei sind.» Von den individuellen Parteimitgliedern wird zudem verlangt, daß «sie, wenn sie für Gewerkschaftsmitglieder an sich in Frage kommen, auch Gewerkschafter sein sollen».

Die dreifache Verknüpfung

Diese wechselseitige Bestimmung bildet die Basis für das Verhältnis von Arbeiterpartei und freien Gewerkschaften. Auf drei Ebenen stoßen Gewerkschafter mit der Labourpartei zusammen: In der Spitze ist der Gewerkschaftsbund (TUC) durch Gewerkschaftsführer in den verschiedenen Ausschüssen der Partei vertreten, und die Einzelgewerkschaften sind der Partei selber korporativ affiliert. Zweitens gehören Gewerkschaftssektionen lokal den Parteiorganisationen der Wahlbezirke an und entsenden dahin ihre Delegierten. Drittens sind so gut wie alle Funktionäre und aktiven Gewerkschafter lebenslange Mitglieder der Labourpartei. So kann man sich doppelt – und wenn man außerdem in der Co-op Union ist, selbst dreifach – der englischen Arbeiterpartei zurechnen.

«Politische Sektionen»

Aber nicht alle Gewerkschaften sind der Labourpartei angeschlossen, und diejenigen, die es sind, sind es nicht automatisch. Es würde in der Tat gegen demokratische Prinzipien und vor allem gegen den Grundsatz gewerkschaftlicher Freiwilligkeit verstoßen, wenn ein jeder, der einer Gewerkschaft beitrifft, damit zugleich auch zwangsläufig Mitglied der Labourpartei würde. Es ist vielmehr so, daß eine Gewerkschaft ihre sogenannte «Politische Sektion» bildet, und ihren Mitgliedern steht es frei, ihr anzugehören oder auch nicht. Es ist diese Politische Sektion der Gewerkschaft, für die ein kleiner Extrabeitrag erhoben wird und die ihre eigenen Fonds und Funktionäre hat (diese sind nicht unnatürlicherweise häufig dieselben Leute, die in der Gewerkschaft auch sonst Aemter und Funktionen bekleiden), die dann die Verbindung zur Partei bildet. Die weitaus meisten – etwa neun Zehntel – der freien Gewerkschaften haben eine solche Politische Sektion.

Interessant und überhaupt fürs politische Wachsein bezeichnend ist, ein wie großer Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder zum politischen Sektor gehört. Es gibt in England über 9 Millionen Gewerkschafter, und deren 8 Millionen sind dem Gewerkschaftsbund angeschlossen. Von diesen sind etwa 5,5 Millionen in den Politischen Sektionen und zählen als korporative Mitglieder der Labourpartei. Die Beteiligung ist bei den einzelnen Gewerkschaften ziemlich ungleich. Während sie bei manchen Berufsgewerkschaften, wie den Bergleuten, Eisenbahner-, Post-, Eisen- und Stahlgewerkschaften, bis zu 80 und 90 Prozent beträgt, sind es andererseits bei den loseren allgemeinen Gewerkschaftsverbänden, die Hilfsarbeiter und Angelernte organisieren, nur ein Viertel ihrer Mitglieder und manchmal noch weniger, die den politischen Extrabeitrag zahlen.

Die Zugehörigkeit zur «Politischen Sektion» ist gesetzlich geregelt. Anfänglich, jedenfalls von 1913 ab, rechnete man alle die Gewerkschafter dazu, die nicht ausdrücklich ihr Nichtmitmachen erklärten. Eine gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung in den zwanziger Jahren nach dem verlorenen Generalstreik in England kehrte das um und bestimmte, daß, wer der Politischen Sektion anzugehören wünschte, eine Erklärung seines Anschlusses unterzeichnen mußte. Unter der Labourregierung, nach dem Kriege, wurde dieses Gesetz widerrufen, und es wird nunmehr wieder so gehalten, daß ein Gewerkschafter der Politischen Sektion seiner Gewerkschaft angehört, sofern er nicht seine Nichtbeteiligung schriftlich erklärt hat. Solche positive oder negative Form macht, wie die menschliche Natur einmal ist, einen spürbaren Unterschied aus und spiegelt sich in den schwankenden Ziffern wider. Die Zahl der politisch Zugehörigen von etwa 4 Millionen um 1920 fiel unter den erschwerenden Gesetzen 1927 auf die Hälfte und stieg nach ihrer Umkehrung 1946 entsprechend wieder an.

Von den Gewerkschaftern wird, wie gesagt, nicht ohne weiteres erwartet, daß sie auch persönlich der Labourpartei beitreten. Andererseits ist es, wie das erwähnte Parteistatut bestimmt, für die individuellen Mitglieder der Partei, soweit sie dazu in der Lage sind, nahezu Pflicht, gewerkschaftlich organisiert zu sein. Das Beitrittsformular der Labourpartei enthält eine Rubrik über Gewerkschaftszugehörigkeit, die ausgefüllt werden muß.

Gewerkschaftsstimmen in der Partei

Entsprechend den Mitgliederzahlen in den Politischen Sektionen haben die affilierten Gewerkschaften sogenannte «Blockstimmen» – insgesamt rund 5 Millionen – auf den Jahreskonferenzen der Labourpartei. Diese überwältigende Zahlenmajorität der «Gewerkschaftsstimmen» geht, wie die Praxis zeigt, quer durch die verschiedenen politischen Fragen und entscheidet sie nicht von vornherein in einer bestimmten Richtung; es wäre irreführend, sie mit

«rechts» oder «links», «reformistisch» oder sonstwie schlagwortartig zu bezeichnen. Politikmachen in der Labourpartei, ihre «Linie», wenn man will, liegt wesentlich in der Hand der Parteiführer und der Landesexekutive. Diese besteht aus 27 Mitgliedern, von denen immerhin 12 Gewerkschafter sind.

In einer überparteilichen Körperschaft, dem Nationalrat von Labour, der von der Labourpartei, dem Gewerkschaftsbund und der Co-operativen Union gebildet wird, kommen die großen Drei auf gleichem Fuß und in gleicher Zahl (je acht Vertreter) zusammen. Es ist eine beratende Einrichtung, deren erklärter Zweck ist, «gemeinsame Politik und kombinierte Aktion in allen Fragen anzustreben, die die Arbeiter als Produzenten, Verbraucher und Bürger angehen».

Gewerkschaftsparlamentarier

Von nicht unwesentlicher Bedeutung ist weiter, daß die Gewerkschaften Labourkandidaten fürs Parlament nominieren und finanzieren. Solcher Gewerkschafts-Labour-MP (MP = Membre of Parliament, Mitglied des Parlaments) gibt es zurzeit etwa 100 von 277 Labourabgeordneten, deren Fraktion sie unterschiedslos zu ihren andern Kollegen angehören. Die besondere Bindung des MP zu seiner Gewerkschaft besteht allein in der unausgesprochenen Verpflichtung, für Angelegenheiten von gewerkschaftlicher Bedeutung besonderes Interesse zu bekunden. Direkte Instruktionen für sein Handeln von der Gewerkschaft mit auf den Weg zu bekommen, würde gegen die parlamentarische Etikette verstoßen.

Ein ähnlicher Pakt besteht mit der Genossenschaftsbewegung, die in ihrem Schoße eine Co-op-Partei gebildet hat und ebenfalls Kandidaten für die Labour-Fraktion aufstellt. Die von ihr nominierten MP heißen offiziell Co-operative-Labourabgeordnete; es gibt deren zurzeit 20.

Die Verknüpfung von Partei und Gewerkschaft in England ist somit vielfältig und etwas kompliziert. Doch die Ansicht, daß die Gewerkschaften die Labourpartei beherrschen oder «kontrollieren», ist ebenso falsch wie die umgekehrte. Daß die Zentrale der Labourpartei und das Hauptquartier des Britischen Gewerkschaftsbundes – bevor dieser sein neues «Kongreßhaus» baute – sich in demselben Gebäude befanden, darf nicht als gemeinsamen Sitz der Verwaltung angesehen werden. Spricht man jetzt vom «Transporthaus» – das dem Transportarbeiterverband gehört und in dem die Labourpartei zur Miete wohnt –, so meint man allein die Partei.

Gewerkschaftsgelder für Parteizwecke

Aus den Beitragserhebungen der Mitglieder zur Politischen Sektion der Gewerkschaften wird der kleine Betrag von 6 Pennies pro Mann jährlich als Korporativbeitrag an die Labourpartei abgeführt.

Bei der Millionenzahl macht das jedoch die größte feste Einnahmequelle der Partei aus. Darüber hinaus verwenden die Gewerkschaften weitere Gelder für politische Aktionen: wie bereits erwähnt für die Kandidaturen von Abgeordneten für Parlaments- und Kommunalwahlen sowie gelegentliche Spenden. Insgesamt geben sie jährlich etwa eine halbe Million Pfund für politische Zwecke aus, das sind etwa 3 Prozent ihres Gesamtetats. Alle diese Gelder kommen aus dem separaten Konto der Politischen Sektionen; nichts kommt aus dem allgemeinen Fonds, der nur für Gewerkschaftszwecke verwendet werden darf.

Bei der gegenwärtig laufenden Propagandaaktion der Labourpartei haben Gewerkschaften größere Schecks gegeben und die populäre Parteibroschüre «Was dir die Labourpartei bietet» stapelweise übernommen und an ihre Funktionäre und Betriebsobleute im Lande mit Bestellscheinen für Sammelorders verschickt.

Umgekehrt – wenn auch nur in recht bescheidenem Maße – geschieht es gelegentlich, daß lokale Labourpartei-Organisationen bei Streiks Sammlungen für die Gewerkschaften durchführen und ihr Spenden zuhalten.

Was – so kann man fragen – erwarten die Gewerkschaften von «ihrer» Partei, die sie so großzügig unterstützen? Mit einem Worte: wirtschaftliche Sicherheit. Die Labourpartei soll alles in ihrer Macht tun, die organisierte Arbeiterschaft gegen antigewerkschaftliche Gesetzgebung zu schützen, möglichst Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten und die Leistungen des Wohlfahrtsstaates auszubauen. Alles das sind natürlich gleichlaufende Interessen, für die die Gewerkschaften ebenso wie die Sozialistische Partei stets eingetreten sind.

Wie wählt der Gewerkschafter?

Obwohl die meisten Gewerkschaften der Labourpartei affiliert sind, gibt es in ihnen Mitglieder aller politischen Schattierungen. Man hat interessante Untersuchungen über die Stimmenabgabe der Gewerkschafter bei Parlamentswahlen angestellt. Wie zu erwarten, geht der allgemeine Zug dahin, daß Gewerkschafter geschlossener als die übrige Bevölkerung für Labour stimmen. Aber es ist bei weitem nicht so, daß alle Gewerkschafter dieser Partei ihre Stimme geben. Bei den letzten Parlamentswahlen, so hat man geschätzt, haben zwei von fünf Gewerkschaftern konservativ gewählt. Dieses Resultat mag überraschend sein; ja, würden alle Arbeiter entsprechend ihrer Klassenzugehörigkeit stimmen, dann wäre hier – und ebensowohl in allen anderen demokratischen Ländern – eine Arbeiterregierung für alle Zeiten gesichert! Eine Analyse der 1951er Parlamentswahlen hat ergeben, daß in diesem Lande, in dem im großen ganzen das Zweiparteisystem vorherrscht, links Labour und rechts Tory, die rund 13 Millionen Stimmen, die jede der beiden

erhielt, sich so verteilen: aus der Arbeiterschicht 11,3 Millionen für Labour und 6,2 Millionen für Konservativ; von der Mittelklasse 1,9 Millionen für Labour und 6,5 Millionen für Konservativ.

Wie verträgt sich da die bestimmte politische Bindung der Gewerkschaften mit demokratischer Freiheit? Die Gewerkschaften sind in ihren Einrichtungen und Aktivitäten so demokratisch, wie Massenorganisationen es sein können. Die innergewerkschaftliche Demokratie sieht praktisch so aus, daß nur Gruppen, eine zahlenmäßige Minderheit, aktiv am Leben ihrer Organisation teilnehmen. Die große Masse ist nicht lebhaft interessiert und begnügt sich damit, es geschehen zu lassen. Viele besuchen nie eine Gewerkschaftsversammlung. Selbst viele, die ganz getrost jeden Monat ihren Beitragsgroschen zur Politischen Sektion zahlen, tun darüber hinaus wenig mehr und geben bei Parlamentswahlen ihre Stimme der andern Partei. Es gibt sogar welche, die, obwohl sie der Politischen Sektion angehören, individuelle Mitglieder der Torypartei geworden sind. Prinzipienreitern oder wer auf Konsequenz und Klarheit der Scheidung erpicht ist, dem mag solches Verhalten ein wenig sonderbar vorkommen. Zugegeben, sie treiben die Toleranz ein bißchen weit und lassen mitunter $2 \times 2 = 5$ sein.

Es ist nicht ohne Reiz zu lesen, was *Winston Churchill*, der damals noch ein liberaler Abgeordneter war, dazu meinte, als 1911 die politische Aktivität der Gewerkschaften im Parlament zur Debatte stand, und was anscheinend auch heute noch ebenso gilt:

In der großen Mehrheit der Fälle fühlen sich die Arbeiter nicht verletzt, wenn ihre Beitragsgroschen für eine Gewerkschaftspolitik verwendet werden, der sie nicht ganz zustimmen. Sie haben nichts dagegen, für ihre Gewerkschaftspolitik zu zahlen, die ihren Klasseninteressen dient, und dann für eine andere politische Partei stimmen, von der sie glauben, daß sie politische Dinge auf einem andern Gebiet fördern. Da ist ein gut Teil mehr Sinn und Verstand und selbst Weisheit in diesem Mangel an logischer Feinheit, als oberflächlich gesehen es den Anschein hat.

Kommunisten in den Gewerkschaften

Unter den politisch und ideologisch gefärbten Minderheitsgruppen, die es in den Gewerkschaften gibt, sind vor allem die Kommunisten zu nennen. Doch der Eindruck, den man von manchmal etwas sensationellen Zeitungsberichten bekommt, ist sicher übertrieben. Es gibt nach ziemlich zuverlässiger Schätzung nicht mehr als 20 000 kommunistische Parteimitglieder in der englischen Gewerkschaftsbewegung. Aber diese verhältnismäßig kleine Gruppe hat doch einen weit größeren Einfluß, als ihre Zahl rechtfertigt. Gerade weil die Kommunisten in England politisch so erfolglos sind (seit über zehn Jahren ist es ihnen nicht mehr gelungen, einen Abgeordneten ins Parlament zu bringen), konzentrieren sie ihre Anstrengungen auf die industrielle Agitation. Die Gründe dafür, daß

es eine ganze Anzahl von kommunistischen Branchenfunktionären und Betriebsobleuten gibt, sind hauptsächlich, daß sie sich für diese eigentlich wenig dankbaren Posten eifrig melden und von den Mitgliederversammlungen gewählt werden, worin sie vollzählig auftreten, während die vielen «Unpolitischen» zu Hause bleiben. Man hat errechnet, daß trotz des offenen und gleichen Wahlrechts, das in den Gewerkschaften besteht, viele Funktionäre von nur etwa 15 Prozent der Mitgliedschaft gewählt werden.

Das bekannteste und bedeutendste Beispiel ist der Verband der Elektriker, in dem die Kommunisten während des Krieges die leitenden Positionen gewonnen und seitdem behalten haben. Die Mehrheit der etwa 200 000 starken Mitgliedschaft sind natürlich keine Kommunisten oder Sympathisierende. Ueber 60 Prozent zahlen ihren politischen Beitrag zur Labourpartei. Diese Gewerkschaft hat, wie gerade gemeldet wird, eine besonders große Spende zum Wahlfonds der Labourpartei gegeben.

Eine Anzahl von Gewerkschaften, darunter die größte, der Allgemeine Transportarbeiter-Verband, hat seit 1950 die Bestimmung getroffen, daß Mitglieder der Kommunistischen oder Faschistischen Partei bei ihnen nicht Funktionäre werden können. Diese «Diskriminierung» wurde gemacht, um skrupellose Versuche von Kommunisten, Gewerkschaften für ihre Zwecke auszunutzen, an der Quelle zu unterbinden.

Konservative, Liberale und Katholiken

Von Zeit zu Zeit werden von konservativer Seite leise Versuche gemacht, Gruppen in den Gewerkschaften aufzumachen. Es sind einstweilen jedoch nur schwächliche Treibhauspflanzen, die unter der frostigen Behandlung, die sie von ihren reaktionären Toryvereinen selber erfahren, nur kümmerlich gedeihen. Die sporadischen Bemühungen der Liberalen Partei in diesem Felde haben eigentlich noch weniger Erfolg zu verzeichnen. Es ist jedoch zu beachten, daß das gewerkschaftliche Anwachsen in den letzten Jahren unter «Weiße-Kragen-Arbeitern», Büroangestellten und den Professionen (Lehrer, Aerzte usw.), die von Hause aus weniger Verknüpfung und Loyalität zur Labourpartei haben, eine entsprechende Zunahme konservativen Einflusses erwarten läßt.

In diesem anglikanischen Land gibt es kaum eine religiös oder besser gesagt kirchlich betonte politische Gruppierung, und im besonderen sind auch die Gewerkschaften nicht davon angekränkt. Nur lokal begrenzt in einigen Gegenden, wo zum Beispiel irische Arbeiter in größerer Anzahl organisiert sind, finden sich katholisch markierte Gruppierungen in Gewerkschaften. Der Einfluß dieser Gruppen ist jedoch unerheblich.

P. H. Stamford, London.